

Für ein Studium ohne Existenzangst fordert Die Linke im Bundestag:

① Vollzuschuss statt Schuldenfalle

Das BAföG soll aus der Armut herausführen und sie nicht zementieren. Die Förderung muss wieder als rückzahlungsfreier Vollzuschuss gewährt werden, so wie es bis 1974 der Fall war.

② BAföG-Sätze hoch

Die aktuellen Sätze sind ein Schlag ins Gesicht. Wir fordern die Anhebung der Grundbedarfe auf ein Niveau, das die tatsächlichen Lebenshaltungskosten deckt, inklusive einer automatischen jährlichen Anpassung an die Inflation.

③ Wohnen nach Bedarf

Alleinlebende Studierende geben durchschnittlich 54 Prozent ihres Einkommens für die Miete aus. Bei Auszubildenden sind es durchschnittlich 41 Prozent. Das zeigt: Die aktuelle Wohnkostenpauschale orientiert sich schon lange nicht mehr an den tatsächlichen Mietkosten, die explodiert sind. Deshalb muss sie in einen Mietkostenzuschuss mit regionaler Staffelung umgewandelt werden, vergleichbar mit dem Wohngeld, der sich automatisch an die Entwicklung der Mieten anpasst.

④ Ausweitung der Anspruchsberechtigten

Auch Mittelschichtsfamilien leiden unter den immer weiter steigenden Lebenshaltungskosten. Damit auch dort niemand aus finanziellen Gründen auf ein Studium verzichten muss, wollen wir die Freibeträge für das Elterneinkommen erhöhen.

⑤ Bildungsgerechtigkeit für alle Biografien

Der Zugang zum Ausbildungsmarkt und zu Hochschulen darf nicht von der Herkunft abhängen. Zudem brauchen insbesondere geflüchtete Menschen gezielte Unterstützung, um den Sprung in Ausbildung und Beruf zu schaffen. Deshalb fordern wir den sofortigen BAföG-Zugang für Menschen mit Duldung, Aufenthaltsgestattung oder Aufenthaltserlaubnis.

Fraktion Die Linke im Bundestag, V.i.S.d.P. Ina Latendorf,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, dielinkebt.de. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Die Linke

Im Bundestag

Die Linke

Im Bundestag



BAföG: Genug zum Leben und zum Studieren

Das BAföG ist zu niedrig, mündet in Verschuldung und erreicht immer weniger junge Menschen.

Trotz gegenteiliger Versprechen wird das BAföG seit Jahrzehnten systematisch kaputtgespart. Die Politik setzt den Rotstift genau bei denjenigen an, die keine finanzielle Rückendeckung durch ihr Elternhaus haben – eine bewusste Entscheidung gegen Bildungsgerechtigkeit.

Vom Aufstiegsversprechen zur Armutsfalle

Damit verfehlt das BAföG den Auftrag, den es erfüllen soll: nämlich jungen Menschen – unabhängig vom Kontostand der Eltern – den Zugang zu Bildung eröffnen. Genau dafür wurde das BAföG 1971 eingeführt. Und zwar als Vollzuschuss, der nicht zurückgezahlt werden musste.

Fast die Hälfte aller Studierenden erhielt damals das BAföG. Heute sind es gerade einmal 11 Prozent: Die Förderbeträge sind viel zu niedrig, die Bürokratie ist ausufernd und die Angst, sich zu verschulden, schreckt viele ab. Deshalb verzichten viele von vornherein auf einen Antrag.

Das zementiert die soziale Ungerechtigkeit in unserem Land – dabei sollte eine staatliche Förderung wie das BAföG genau diese Barrieren abbauen.

Bildung darf kein Armutsrisiko sein

Zynisch wird den Studierenden geraten, nebenher jobben zu gehen. Nur: Das tun die meisten sowieso schon. Auch 63 Prozent aller Bezieherinnen und Bezieher von BAföG müssen nebenher arbeiten gehen, weil das BAföG nicht zum Leben reicht.

Wer auf BAföG angewiesen ist, muss sich verschulden und ist mit Studium und Job doppelt belastet. Wer reiche Eltern hat, kann sich voll auf das Studium konzentrieren und schuldenfrei in den Beruf starten.

Das ist das Gegenteil von Bildungsgerechtigkeit.

„Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht die Herkunft und das Einkommen der Eltern über Lebens- und Bildungswege entscheiden. **Wir wollen ein System, das Barrieren abbaut und jungen Menschen die Sicherheit gibt, sich voll auf ihre Ausbildung zu konzentrieren.**“

Nicole Gohlke, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Bildung und Wissenschaft

